

Pressemitteilung



Öko-Landbau Chance und Risiko zugleich

Teltow, 29.10.2021. Der Landesbauernverband Brandenburg begrüßt jedes Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg. Mit dem Ökoaktionsplan setzt das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz ein starkes Zeichen in Richtung Stärkung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft. Der LBV macht aber gleichzeitig auf die Erlössituation auf vielen Höfen für Grunderzeugnisse aufmerksam.

„Der Handel mit Bio Lebensmitteln unterliegt genauso merkantilen Gesetzen wie der mit konventionellen Lebensmitteln. Es ist beobachten, dass sich die Verbrauchernachfrage auf dem Biomarkt erhöht. Mit steigender Nachfrage erschließen sich neue Absatzwege und damit erhöht sich die Akzeptanz von Bio-Produkten insgesamt. Der Absatz steigt nicht zuletzt durch neue Bio-Supermarktketten. Gleichzeitig wird aber oft vergessen, dass höhere Erlöse meist nicht bei Bio-Landwirten ankommen, weil der Bio-Markt genauso Angebot und Nachfrage unterliegt. Der Bio-Einzelhandel kalkuliert mit spitzem Bleistift genauso für uns Bio-Landwirte den Preis“, erklärt LBV-Präsident Henrik Wendorff. Mit einer neuen Umstellungswelle könnte sich das Marktangebot weiter vergrößern und ein Preisverfall einsetzen. Insgesamt setzt der Ökoaktionsplan aber ein positives Zeichen für den Öko-Standort Brandenburg.

Der LBV kritisiert, dass der Ökoaktionsplan kein eindeutiges Angebot für die Bio-Tierhaltung beinhaltet. Im Biobereich muss Tierhaltung und Ackerbau immer zusammengedacht werden, die Fruchtbarkeit der sandigen Böden kann sich nur zusammen mit der Tierhaltung verbessern. Bei abnehmender Tierhaltung wird der Bio-Landbau auf unseren sandigen Böden extrem schwer. Die Folge wäre, dass sich die Inanspruchnahme von Flächen erhöht, aber die Erträge stagnieren. Wichtige Punkte, die bei der Evaluierung des Ökoaktionsplans 2023 berücksichtigt werden sollen.

Der Ökoaktionsplan Brandenburg will Handlungsfelder mit Maßnahmen und klaren Zielen auf Landesebene aufzeigen. Damit die Maßnahmen durch die Landesverwaltung umgesetzt werden können, müssen entsprechende politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Mit der von der Landesregierung angestrebten Ausdehnung der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 20% bis 2030 erhöht sich der Mittelbedarf um bis zum 800 Millionen Euro. Der Ökolandbau ist zumeist nur dann rentabel, wenn neben der Ökoprämie höhere Erzeugerpreise gezahlt werden, da je nach Produkt und Standort teilweise deutlich niedrigere Erträge erzielt werden.